

Parteispenden**Quittung fürs Finanzamt**

Die Dresdner Christdemokraten sammeln mit einem neuen Trick Geld: Sie kassieren auf einem Parteikonto Spenden für die CDU-gesponserte Bürgerinitiative „Pro Autobahn“. Die soll per Volksabstimmung die Trassenführung der geplanten Prager Autobahn quer durch Dresdner Vororte erzwingen. Der Stadtrat hatte das Ansinnen bereits abgelehnt; Kritiker fordern eine umweltverträglichere Trasse, die weiter südwestlich bei Freiberg verläuft. Effekt der Sammelaktion: Die geberfreudigen Autobahnfans erhalten für ihre Spende eine Quittung fürs Finanzamt; die CDU bekommt für die Gabe nach dem Parteiengesetz für jede Spendenmark vom Staat 50 Pfennig dazu. Die SPD nennt den Trick „geradezu kriminell“, die PDS erstattete Anzeige wegen Betrugsverdachts. Die CDU, so die PDS, verschaffe sich „rechtswidrig Mittel der staatlichen Parteienfinanzierung“.

Veranstaltungen**Alle Punker in den Bunker**

Deutschlands Punker rüsten bereits für die „Chaostage“ vom 4. bis 6. August in Hannover. In der Szene kursieren Flugblätter mit Anfahrts- und Hinweisen für den Umgang mit der Polizei. So wird den Punkern geraten, den Hauptbahnhof zu meiden und statt dessen in einem Vorort auszusteigen: „Es wird der Polizei unmöglich sein, die ganze Stadt abzu-



„Chaostage“ in Hannover (1994)



Airport Berlin-Schönefeld

Flughäfen**Streit um Schönefeld**

Der Ausbau des Ex-DDR-Zentralflughafens Schönefeld wird in Berlin zum Wahlkampfthema. CDU-Regierungschef Eberhard Diepgen, der sich am 22. Oktober zur Wiederwahl stellt, will das Terminal West ohne Planfeststellungsverfahren bauen lassen. An der langwierigen Prozedur, fürchtet Diepgen, könnten geplante private Investitionen in Höhe von rund 700 Millionen Mark scheitern. SPD-Justizsenatorin Lore Maria Peschel-Gutzeit, die für Berlin im Aufsichtsrat der Flughafen-Holding sitzt, lehnt Diepgens Schnellschuß ab. Zwar plädiert auch die Senatorin, die mit ihrer Fraktion einen Großflughafen in Sperenberg favorisiert, für den Zwischenausbau von Schönefeld – aber nicht ohne Planfeststellung. Das Verfahren sei „rechtlich geboten“, heißt es in einer internen Expertise für die Senatorin. Laut Luftverkehrsgesetz seien nur jene Bauten von dem Verfahren befreit, die für Anwohner von „unwesentlicher Bedeutung“ sind. Mit dem Terminal West solle aber eine Verdoppelung der Passagierkapazität erreicht werden, heißt es in dem Gutachten. Bei Verzicht auf ein Feststellungsverfahren, fürchtet die Senatorin, könnten Bürgerklagen das Projekt zu Fall bringen.

sperren.“ Bei den Chaostagen im vergangenen Jahr hatte die Polizei nach Krawallen rund 600 Punker festgesetzt, die meisten am Hauptbahnhof. Mit Parolen wie „Ab ins Lager“ und „Alle Punker in den Bunker“ wollen die Punker nun eine noch größere Massenfestnahme provozieren. Wer von der Polizei vor die Alternative „Heimfahrt

oder Bau“ gestellt werde, so fordert das Flugblatt, solle sich fürs Gefängnis entscheiden: Es sei „besser, eine riesige Knastfete mit Tausenden von Punkern zu feiern, als sich das Spektakel zu Hause vorm Fernseher anzuschauen“.

Wahlkampf**Trickreiche Genossen**

Zugunsten von Kinderhilfswerken verzichtet die nordrhein-westfälische SPD vor der Landtagswahl am 14. Mai auf ihre Fernseh-Sendezeit für die Parteienwerbung. Die voraussichtlich acht TV-Spots à 2,5 Minuten haben die Genossen an eine Arbeitsgruppe aus Terre des Hommes, Unicef, Kinder-

schutzbund und Kindernothilfe abgetreten, die einen gemeinsamen Werbefilm senden wird. Gutes tun und drüber reden ist freilich erlaubt: Auf einem im Spot der Hilfsorganisationen mitlaufenden Schriftband weist die SPD, die mit ihrem Landesvorsitzenden Johannes Rau zum viertenmal auf die absolute Mehrheit an Rhein und Ruhr hofft, auf ihre TV-Spende und ihr „Engagement für die Belange der Kinder“ gebührend hin.

Extremismus**„Mein Kampf“ in der Moschee**

Islamisch-extremistische Türkengruppen in der Bundesrepublik nutzen die neue Moschee in Mannheim als Fo-



Mannheimer Moschee

rum für antijüdische Propaganda. Bei der Eröffnung des Gotteshauses Anfang März verkauften Extremisten an einem Bücherstand neben Emblemen der neofaschistischen türkischen Organisation „Graue Wölfe“ auch Adolf Hitlers „Mein Kampf“ in türkischer Sprache. Die Staatsanwaltschaft Mannheim ermittelt deshalb jetzt wegen Volksverhetzung. Die Buchverkäufer verbreiteten unkommentierte Auszüge aus dem Hitler-Werk und verherrlichten den Diktator. Das elf Millionen Mark teure Gebetshaus, die größte Moschee in Deutschland, ist nach Angaben des Vorsitzenden einer Tarnorganisation der Grauen Wölfe in Mannheim zu einem erheblichen Teil von Mitgliedern seiner Vereinigung mitfinanziert worden.